



## Presseausendung

### Wirtschaftliche Lage und sozialpolitische Perspektiven

#### Vorarlberger Armutskonferenz erwartet wieder steigende Arbeitslosen- und Mindestsicherungszahlen

Mit Sorge betrachtet die Vorarlberger Armutskonferenz die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung: Für das laufende Jahr wird von den österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituten ein **Wachstumseinbruch** von gut **40%** prognostiziert: von 2,7% in 2018 auf nur noch 1,5% in 2019<sup>1</sup>. Bedenklich ist vor allem, dass dieser massive Einbruch schön geredet wird und somit **kein wirtschaftspolitisches Gegensteuern stattfindet**. Die Vorarlberger Armutskonferenz erwartet deshalb im Einklang mit den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute für 2019 und 2020 **keine Verbesserung** der Lage und schätzt die auch von den Instituten genannten **Abwärtsrisiken höher** ein als diese.

„Die gute Wirtschaftsentwicklung 2017 und 2018 hat auch zu einer Stabilisierung der österreichischen Sozialausgaben geführt. Die Arbeitslosigkeit ist österreichweit gesunken und nicht nur in Vorarlberg war 2018 ein deutlicher Rückgang der Mindestsicherungszahlen zu konstatieren – all das ohne Leistungskürzungen und sog. Strukturreformen. Allerdings war die **Erholung viel zu kurz** und wir erwarten deshalb noch in diesem Jahr ein **Ende der positiven Arbeitsmarktentwicklung** und im kommenden Jahr auch wieder **steigende Zahlen in der Mindestsicherung**“, prognostiziert der Sprecher der Armutskonferenz Michael Diettrich und ergänzt: „In den nächsten Jahren wird die Sozialpolitik wieder einmal die Suppe auslöffeln müssen, die ihr die Versäumnisse der Wirtschaftspolitik eingebrockt haben. Dafür verantwortlich ist in erster Linie die **türkis-blau Regierung** unter **Sebastian Kurz**: Staatliche Konjunkturprogramme haben in der Regel ein Jahr Vorlaufzeit, bis sie Wirkung zeigen. Insofern gehen die wirtschaftlich guten Jahre 2017 und 2018 noch auf das Konto der rot-schwarzen Regierung. **Im ersten Jahr, in dem die Wirtschaftspolitik der Kurz-Regierung schlagend wird, bricht prompt das Wachstum ein**. Und das, obwohl die Institute schon 2017 für 2019 eine Konjunkturabschwächung vorhergesagt hatten – es wäre also **genug Zeit gewesen, gegenzusteuern**. Die Wirtschaftspolitik dieser Regierung war stümperhaft!“

#### Die Fakten: Hauptproblem Industrie

Das **für 2019 prognostizierte Wachstum** von 1,5% liegt sogar **noch niedriger als das im Jahr 2010** (1,8%), dem ersten Jahr nach dem wirtschaftlichen Crash in Folge der Finanzkrise. Das ist weder eine „konjunkturelle Normalisierung“ (Industriellenvereinigung), noch eine „konjunkturelle Seitwärtsbewegung“ (Vorarlberger Landesregierung) und auch keine vorübergehende „Wachstumsdelle“, wie es die Wirtschaftsforschungsinstitute noch in ihren Frühjahrsprognosen eingeschätzt hatten. Das ist **10 Jahre nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise** mit seither überwiegend schlechtem Wachstum ein **Desaster**, das auch nicht dadurch besser wird, dass es „noch keine Rezession“ ist (Industriellenvereinigung).

Gravierend ist, dass dieser Einbruch vor allem auf die **Industrie** zurückzuführen ist, da die Industrie **konjunkturbestimmend** ist. Sie schwächelt bereits seit dem 2. Quartal 2018: Seither hat sich das Konjunkturbarometer der Industriellenvereinigung nahezu halbiert (von +47 im 1. Quartal 2018 auf +24,9 im 1. Quartal 2019).<sup>2</sup> Die aktuell verfügbaren Daten lassen auf absehbare Zeit keine Besserung erwarten: Zwar wurde nach langer Durststrecke in den letzten Jahren in Österreich wieder mehr investiert, doch **seit Jahresbeginn 2019 schwächen sich insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen ab** und dieser Trend soll sich lt. OeNB bis 2021 fortsetzen. Da die Ausrüstungsinvestitionen eine besondere Rolle bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze spielen, wird **dies negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt** haben. Zudem leidet die exportlastige österreichische Industrie unter der wirtschaftlichen Malaise unserer größten Handelspartner: In Deutschland wurden die Wachstumsprognosen für dieses Jahr gerade eben auf magere 0,5% nach unten korrigiert, auch in der Schweiz wurden die Prognosen nach unten angepasst, Italien ist nahe an einer Rezession, Frankreich zeigt sich nach den Steuerreformen infolge der Gelbwestenproteste etwas erholt, bleibt aber dennoch schwach. In den USA ist derzeit nicht absehbar, wohin das Pendel schlägt.

Das kann auch eine immer noch gute **Baukonjunktur** nicht ausgleichen, dafür ist die Baubranche zu klein. Dies gilt umso mehr, als bspw. die österreichische Nationalbank in ihrer jüngsten Konjunkturprognose für **2020** ein „**sanftes Ausklingen des Wachstums der Wohnbauinvestitionen erwartet**“. Konjunkturstützend wirkt derzeit noch der **private Konsum**, getragen von den Nachwirkungen der Steuerreform 2016, den vergleichsweise hohen Lohnabschlüssen 2018 und dem noch immer anhaltend guten Beschäftigungswachstum der letzten Jahre. Aber auch das macht wenig Hoffnung für die Zukunft: Es ist völlig normal, dass **in einem Wirtschaftsabschwung der private Konsum und auch der Arbeitsmarkt nachhinken** und sich zunächst unbeeindruckt zeigen. Darauf zu bauen, dass dies trotz konjunkturellen Abschwung so bleibt, ist leichtfertig.

### **Vorarlberg wird sich der allgemeinen Entwicklung nicht entziehen können**

Diese Entwicklung wird auch in **Vorarlberg** mit seinem **hohen Industrieanteil**<sup>3</sup> und seiner **Exportlastigkeit**<sup>4</sup> ihre Spuren hinterlassen – umso mehr als Vorarlberg bereits 2016 und 2017 das schlechteste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer aufwies.<sup>5</sup> Zwar lag das Konjunkturbarometer der Vorarlberger IV im 1. Quartal 2019 mit +33,2 besser als das für ganz Österreich, aber insgesamt befindet es sich ebenfalls seit seinem Höhepunkt (schon) im 4. Quartal 2016 (+45,6) auf Talfahrt. Es ist nahezu ausgeschlossen, dass eine Region, die derart von der Industrie und ihrem Export abhängig ist, sich den allgemeinen konjunkturellen Entwicklungen entziehen kann.

### **Österreich ist seit der Finanzkrise wirtschaftlich nicht mehr auf die Beine gekommen**

Dramatisch ist die aktuelle Entwicklung vor dem Hintergrund, dass **Österreich nach Ausbruch der Finanzkrise 2008/2009 wirtschaftlich nicht wirklich wieder auf die Beine gekommen** ist. Bis 2011 hat es Österreich wie auch andere EU-Staaten mit einer expansiven Finanzpolitik geschafft, wieder auf einen passablen Wachstumspfad zurückzufinden. 2012 wurde dann der **EU-Fiskalpakt** geschlossen, der die Staaten mittels Schuldenbremsen und rigoroser Einhaltung von Verschuldungsgrenzen zur Sparsamkeit verpflichtete. Dieser Sparpakt führte prompt auch in Österreich zu einem wirtschaftlichen Einbruch und vier (weiteren) Jahren Wachstumsflaute. Erst mit der zunächst **schuldenfinanzierten Steuerreform 2016** ging es in Österreich wirtschaftlich wieder aufwärts. Das allerdings als Hochkonjunktur zu bezeichnen, hält die Armutskonferenz für eine Beschönigung: Im Vergleich mit den Jahren vor der Finanzkrise gab es **2017 und 2018 eine gutes durchschnittliches Wachstum** – nicht mehr und nicht weniger, **von Hochkonjunktur keine Spur**. Insgesamt liegen die **Wachstumsraten in den 10 Jahren nach dem Crash 2009 mit durchschnittlich 1,6% um ein Drittel niedriger als in den 10 Jahren vor 2009 mit 2,5%** (s. Beilage).

„Jetzt macht man den gleichen Fehler wie 2012: Der Staat soll wieder viel zu früh sparen und damit würgt man die wirtschaftliche Erholung erneut ab. Wir halten es da mit dem eher konservativen österreichischen Nationalökonom Erich W. Streissler, von dem der Satz überliefert ist: ‚*In einer Krise darf und kann ein Staat nicht sparen.*‘ Es gibt deshalb auch keinen Grund, mitten in einem wirtschaftlichen Abschwung stolz auf einen **Budgetüberschuss** zu sein, wie es Ex-Finanzminister Löger war. Und wenn jetzt in Österreich über eine verfassungsmäßig verankerte **Schuldenbremse** debattiert wird, während in Deutschland selbst bisherige Befürworter eine solche nicht mehr für opportun halten, kann man darüber nur den Kopf schütteln“, kommentiert Michael Diettrich.

### **Arbeitsmarkt und Soziales: Schlechte Aussichten**

Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung seit dem 2. Halbjahr 2016 hatte sich die Lage am **Arbeitsmarkt** merklich entspannt, die Arbeitslosenquote ist österreichweit vom Rekordstand 2016 mit 9,1% auf 7,7% in 2018 gesunken. Für 2019 werden nun 7,4% prognostiziert. In Vorarlberg war der Höchststand bereits 2015 mit 6,1% erreicht und ist bis 2018 weniger stark gesunken als im Österreichschnitt (auf 5,4%).

2018 hatte die positive Entwicklung auch die Problemgruppen der **Arbeitssuchenden 50+** und der **Langzeitbeschäftigungslosen** erreicht, bei denen die Rückgänge in diesem Jahr sogar stärker waren als bei der Gesamtarbeitslosigkeit. Dieser Trend setzte sich für die Langzeitbeschäftigungslosen auch im 1. Halbjahr 2019 fort, während er für die Gruppe 50+ österreichweit schon wieder ein Ende fand. Die Einstellung der Aktion 20.000 dürfte hier eine Rolle spielen.

Erstmals seit langen Jahren gab es 2016 auch wieder einen **Zuwachs bei den Vollzeitstellen**, nachdem zuvor der gesamte Beschäftigungszuwachs ausschließlich auf Teilzeitarbeit beruhte. Auch dieser Trend setzte sich mit einem Durchhänger 2017 bis 2018 fort.

Insgesamt jedoch waren **2,5 Jahre wirtschaftliche Erholung für eine nachhaltige Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt einfach zu kurz**. Das IHS weist in seiner Juni-Prognose zu Recht darauf hin, dass „das **Niveau der Arbeitslosigkeit (...) im historischen Vergleich hoch (bleibt)**“.<sup>6</sup> Man muss ergänzen: **Noch nie war die Arbeitslosigkeit am Ende einer konjunkturellen Aufschwungphase so hoch**, wie sie es jetzt ist: Die Zahl der registrierten Arbeitslosen liegt österreichweit immer noch um 90.000 höher als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise und die weiteren Aussichten werden von allen Instituten nicht positiv beurteilt: „Die Arbeitsmarktdynamik begann sich bereits nach Überschreiten des Konjunkturböschungspunktes zum Jahreswechsel 2017/2018 wieder langsam abzuschwächen. (...) Im kommenden Jahr sollte die Beschäftigungsdynamik weiter nachlassen“ (IHS). „In Einklang mit der schwächeren Konjunktorentwicklung wird sich über den Prognosezeitraum (2019-2021) auch der Zuwachs an geleisteten Arbeitsstunden der unselbstständig Beschäftigten (...) abschwächen“ (OeNB) – will heißen: Es wird weniger bis gar keinen Zuwachs an Arbeit mehr geben. Während die Institute dennoch zumindest auf eine Stagnation der Arbeitslosenquote auf dem für 2019 prognostizierten Stand hoffen, **geht die Armutskonferenz spätestens 2020 von wieder steigenden Arbeitslosenzahlen aus**.

Gleiches gilt für die **Mindestsicherung**. Es gibt einen engen statistischen Zusammenhang zwischen der Zahl der MindestsicherungsbezieherInnen und der Arbeitslosigkeit, speziell der Langzeitarbeitslosigkeit. Wie bei der Langzeitlosigkeit hat auch in der Mindestsicherung die wirtschaftliche Erholung erst **2018** Wirkung gezeigt. Vorliegende Zahlen lassen für Wien leichte und für Vorarlberg deutliche **Rückgänge** konstatieren, die auch auf andere Bundesländer übertragbar sein dürften. Diese Entwicklung wird auch **2019 noch anhalten. Für 2020 rechnet die Armutskonferenz dann wieder mit einer Trendumkehr**.

Auch bei den **Sozialausgaben**, die 2017 und 2018 nur moderat und vor allem weniger als die Wirtschaftsleistung zulegten, erwartet die Armutskonferenz in den kommenden Jahren eine **Trendumkehr**. „Wenn dann in den nächsten Jahren mal wieder jemand behauptet, die österreichischen Sozialausgaben seien nicht mehr finanzierbar, werden wir ihm die wirtschaftspolitischen Versäumnisse vorhalten“, kommentiert der Sprecher der Armutskonferenz.

## Fazit und Empfehlungen

Damit es in den kommenden Jahren nicht noch weiter nach unten geht, braucht Österreich schnell **konjunkturfördernde staatliche Maßnahmen** – ohne Rücksicht auf Haushaltsdefizite, Schuldenquoten oder Schuldenbremsen. Im Mittelpunkt sollten das Ziel **Vollbeschäftigung** und die **Anregung von Investitionen** stehen.

Das IHS empfahl bereits in seiner Frühjahrsprognose „zusätzliche Maßnahmen der **aktiven Arbeitsmarktpolitik**“ und „Anstrengungen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“. <sup>7</sup> Eine **sofortige Wiederauflage der Aktion 20.000** wäre aus Sicht der Armutskonferenz ein erster Schritt, ein Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen für Gruppen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko ein zweiter.

Sinnvoll wäre auch die sog. „**kleine Steuerreform**“, die türkis-blau noch im derzeitigen Nationalrat beschließen will. Bei allen Mängeln und dem viel zu geringen Umfang würde die die unteren Einkommen entlasten und so über eine **Stärkung der Nachfrage konjunkturwirksam**. Allerdings wäre ein **Inkrafttreten erst 2021 zu spät** – sie müsste so schnell wie möglich umgesetzt werden. Der Rest des Steuerreform-Pakets, das von der türkis-blauen Bundesregierung geplant war, dürfte hingegen wenig zur konjunkturellen Verbesserung beitragen. Es ist zu wenig treffsicher, u.a. weil über 50% der Entlastung entgegen anderslautenden Bekundungen an das oberste Drittel gehen, wo es eher zu einer Steigerung der Sparquote, denn zu einer konjunkturwirksamen Steigerung der Nachfrage führt. Besonders zweckfremd ist die beabsichtigte Senkung der **Körperschaftsteuer**: 80% der KÖSt entfallen auf 5% der Kapitalgesellschaften, alles Großbetriebe, die schon in den letzten zwei Jahrzehnten massiv von Abgaben entlastet wurden. Ein Blick auf die im gleichen Zeitraum rückläufige Investitionsquote zeigt, dass die Vorstellung, Abgabenerlastung von Unternehmen führe zu mehr Investitionen, blauäugig ist. Stattdessen schwimmen die Kapitalgesellschaften in Geld, was bei der OeNB lapidar als „hervorragende Innenfinanzierungsmöglichkeiten“ bezeichnet wird. Warum sollten sie angesichts dessen mehr investieren, wenn man ihnen noch mehr Geld hinterherwirft?

Wesentlich sinnvoller als solche unausgegorenen und gesamtwirtschaftlich wenig effektiven Abgabenerlastungen wäre eine gezielte **Ausweitung öffentlicher Investitionen**. Sie haben einen **höheren Einkommens-** und vor allem **Beschäftigungseffekt** als Abgabenerlastungen, wirken der

sinkenden Kapazitätsauslastung der Unternehmen entgegen und **regen somit weitere Investitionen und Wirtschaftswachstum an.**

Gerade in Anbetracht der für nächstes Jahr erwarteten rückläufigen Wohnbauinvestitionen wäre eine **soziale Wohnbauoffensive** angezeigt, die mit leistbaren Mieten den finanziellen Druck auf Menschen mit geringem Einkommen nehmen würde. Auch in **Vorarlberg** dürfte ab nächstem Jahr das Argument nicht mehr gelten, man könne nicht mehr gemeinnützig bauen, weil die Bauindustrie an ihre Kapazitätsgrenzen stößt.

Ebenso bieten sich **Bildung** und die **Pflege** als staatliche Investitionsfelder an. Insbesondere der quantitative und qualitative **Ausbau des sozialen Pflegesystems** ist eines der wichtigsten Projekte wohlstandsorientierter Politik. Wir brauchen den Ausbau von mobilen Diensten ebenso wie jenen von stationärer Pflege, mehr Ausbildungsprogramme, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für Pflegekräfte. Diese Maßnahmen sind langfristig notwendig und haben **hohe Beschäftigungseffekte.**

Ein weites Feld, das sich für staatliche Investitionen anbietet, ist der **Klimaschutz**. Die Klimaziele sind ohne massive **öffentliche Investitionen** nicht erreichbar. Es ist eine drängende Aufgabe, ein **umfangreiches Investitionsprogramm** in **Energieeffizienz, Energiegewinnung, Energieübertragung und -speicherung, in öffentlichen Verkehr und Elektromobilität, in Klimaforschung** u.v.m. aufzulegen, das gleichzeitig ein **auf Jahre hinaus wirksames Konjunkturprogramm** wäre, das Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand sichert. (Stichwort: **Green New Deal**)

Bregenz, den 19.07.2019

Verantwortlich für den Inhalt: Michael Dietrich (Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz)  
c/o dowas, Sandgrubenweg 4, 6900 Bregenz, Tel 0650 92 36 922

#### Anmerkungen und Verweise

<sup>1</sup> Prognose **IHS** vom 27.06.2019, Prognose **WIFO** vom gleichen Datum: **1,7%**, Prognose **Bank Austria** vom Juni 2019: **1,4%**

<sup>2</sup> Das Konjunkturbarometer misst die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und der erwarteten in 6 Monaten, s. Konjunkturumfragen der IV vom 24.04.2018 und 18.04.2019

<sup>3</sup> Der Industrieanteil in Vorarlberg betrug 2017 knapp 28% der gesamten Bruttowertschöpfung, nur in Oberösterreich ist er höher.

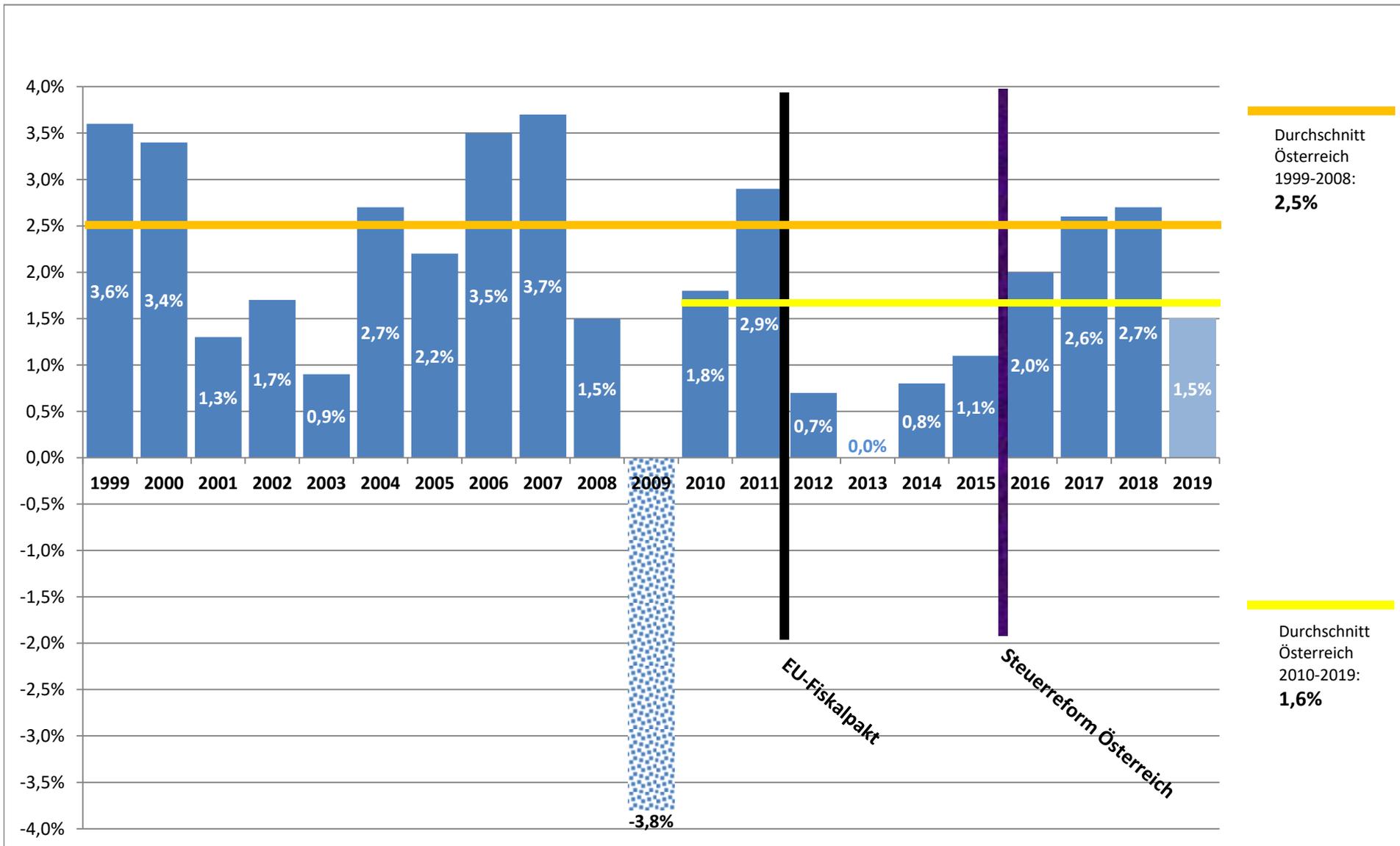
<sup>4</sup> Der Exportanteil an der Gesamtnachfrage beträgt gut 40%, allein die Exportüberschüsse belaufen sich auf knapp 16% des Vorarlberger Brutto regionalprodukts

<sup>5</sup> 2016: -1,0%, 2017: 1,7%. Belastbare Zahlen für 2018 liegen noch nicht vor. Bei den Angaben im Vorarlberger Wirtschaftsbericht 2018/19 handelt es sich um sehr vage Schätzungen, die in den Berichten der Vorjahre regelmäßig fern der Realität lagen.

<sup>6</sup> IHS, Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020, 27.06.2019

<sup>7</sup> IHS, Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019–2020, 29.03.2019

## reales Wirtschaftswachstum Österreich 1999 bis 2019



Quellen: STATISTIK AUSTRIA, VGR, Stand: 29.05.2019 (für 1999 bis 2018) und IHS, Prognose der österreichischen Wirtschaft 2019-2020 vom 27.06.2019 (für 2019)



CHRONIK

## Armutskonferenz erwartet mehr Arbeitslose

Die Vorarlberger Armutskonferenz hat am Freitag davor gewarnt, am falschen Ort zu sparen. Die schwächelnde Konjunktur werde vor allem eine steigende Arbeitslosigkeit nach sich ziehen - und in der Folge mehr Mindestsicherungsbezieher.

Online seit gestern, 17.22 Uhr



Österreich stehe wirtschaftlich gar nicht so gut da, wie es viele Politiker immer gerne darstellen würden, sagt Michael Diettrich, Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz. Nach dem Finanzcrash im Jahr 2009 sei Österreich wirtschaftlich nicht auf die Beine gekommen. Die Beschreibung „Hochkonjunktur“ für die Jahre 2017 und 2018 sei nicht zutreffend. Im Vergleich zu den zehn Jahren vor der Wirtschaftskrise habe man in diesen Jahren nur „ein gutes durchschnittliches Wachstum“ erzielen können.

### Armutskonferenz erwartet mehr Arbeitslose

Am Donnerstag hat die Industrieellenvereinigung einen Rückgang der Aufträge vorhergesagt, am Freitag legt die Armutskonferenz nach: Deren Sprecher Michael Diettrich warnt vor falschen Sparpaketen zulasten der sozial Schwachen.

Die Arbeitslosenzahlen sind in den Jahren 2017 und 2018 dennoch gesunken. Die Maßnahmen dafür liegen laut Diettrich aber schon lange zurück: „Bevor konjunkturelle Maßnahmen vom Staat wirksam werden, vergeht gut ein Jahr. Das heißt, die zwei Jahre, wo es gut lief, gehen eigentlich noch auf das Konto der rot-schwarzen Bundesregierung.“ Die Maßnahmen der Kurz-Regierung seien erst 2019 zu spüren. „Und da bricht das Wachstum deutlich ein. Das heißt, diese Regierung war wirtschaftspolitisch ein Totalausfall.“

### Diettrich will baldige Steuerreform

Mehr Arbeitslose und mehr Mindestsicherungsbezieher würden die Folge sein. Gegensteuern könne man nur mit Investitionen, etwa in den Bereichen Bildung und Pflege. „Gerade in der Pflege brauchen wir, um qualitativ gute Pflege anzubieten, mehr Beschäftigte, mehr Personal, deutlich höhere Löhne“, so Diettrich. Und die kleine Steuerreform, die von Türkis-Blau geplant war, muss laut Diettrich sofort durchgeführt werden. Wenn die Menschen Geld zum Ausgeben hätten, würden sie damit natürlich auch die Wirtschaft ankurbeln.

# Armutskonferenz spricht Türkis-Blau Wirtschaftskompetenz ab

Als „wirtschaftspolitischen Totalausfall“ bezeichnet Michael Diettrich, Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, die ehemalige türkis-blaue Bundesregierung. Er rechnet mit steigenden Arbeitslosenzahlen ab 2020.

Wenn man sich sozialpolitisch äußert, sollte man auch was über Wirtschaft wissen.“ Das sagte am Freitag der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, Michael Diettrich, anlässlich eines Pressegesprächs in Bregenz. In diesem gab Diettrich die Einschätzung der „Initiative gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ zu den derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklungen wieder und erläuterte für ihn daraus resultierende sozialpolitische Konsequenzen.

**Wachstumseinbruch.** Demnach betrachtet die Armutskonferenz die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung mit ziemlicher Sorge. Den aus seiner Sicht markanten wirtschaftlichen Einbruch verdeutlichte Diettrich anhand der prognostizierten Zahlen für 2018 und 2019. Da sei für das vergangene Jahr noch ein Wachstum von 2,7 Prozent vorausgesagt worden, für heuer seien es nur noch 1,5 Prozent. „Das ist ein Wachstumseinbruch von 40 Prozent“, verdeutlichte Diettrich.

Ein weiterer Grund, warum die Armutskonferenz die aktuelle Lage so dramatisch einschätzt, ist, dass Österreich nach dem Finanzcrash im Jahr 2008 wirtschaftlich nicht mehr auf die Beine gekommen sei, sagte Diettrich. So habe es seit 1999 bis zur Krise ein jährliches Wachstum von durchschnittlich 2,5 Prozent gegeben, danach nur mehr eines von durchschnittlich 1,6 Prozent. Betrachte man 2017

und 2018 – sogenannte Hochkonjunkturjahre – näher, könne in diesen lediglich ein gutes durchschnittliches Wachstum festgestellt werden, so Diettrich.

**Gleiche Fehler.** Österreich sei es zwar aus seiner Sicht mit einer expansiven Finanzpolitik bis 2011 gelungen, wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückzufinden. Doch dem habe der EU-Fiskalpakt einen Riegel vorgeschoben. Mit diesem wurden Staaten unter anderem mittels Schuldenbremsen zur Sparbarkeit verpflichtet. Erst 2016 konnte aufgrund der schuldenfinanzierten Steuerreform in Österreich wieder ein Aufschwung verzeichnet werden. „Und jetzt wird wieder der gleiche Fehler wie 2012 gemacht. Es wird angefangen zu sparen und somit das Wirtschaftswachstum abgewürgt. Aber es gibt kein Wirtschaftswachstum ohne Schulden“, zeigt Diettrich auf.

Er sagte weiter, dass die wirtschaftlich guten Jahre 2017 und 2018 nicht auf das Konto der türkis-blauen Regierung verbucht werden können. Denn die gesetzten staatlichen Konjunkturmaßnahmen würden gut ein Jahr Vorlaufzeit benötigen, bevor sie eine Wirkung zeigen. „Und somit kommt es im ersten Jahr, in welchem die Maßnahmen der Kurz-Regierung tragend werden, zum Einbruch. Das heißt: Diese Regierung war wirtschaftspoli-

tisch ein Totalausfall“, so Diettrich. Die schlechte wirtschaftliche Lage würde sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern, da die Industrie strauchle. Dies würde das Konjunkturbarometer der österreichischen Industrielassenvereinigung bestätigen. Dieses hätte sich seit vergangenem Jahr nahezu halbiert.

Ebenfalls würden derzeit die Ausrüstungsinvestitionen schwächeln, die eine wichtige Rolle bei der Arbeitsplatzschaffung spielen. Unter Ausrüstungsinvestitionen werden Investitionen in beispielsweise Maschinen oder Geräte verstanden. Diettrich rechnete daher ab 2020 mit steigenden Arbeitslosenzahlen.

**Forderungen.** Was ist nun zu tun? „Etwa muss das Ziel der Vollbeschäftigung deutlich in den Vordergrund gestellt und Investitionen angeregt werden“, forderte Diettrich. In weiterer Folge rechne er auch wieder mit steigenden Zahlen bei den Mindestsicherungsbeziehern. Daher forderte der Sprecher gestern unter anderem die sofortige Wiederaufnahme der „Aktion 20.000“ und die sofortige Umsetzung der sogenannten kleinen Steuerreform. Mit dieser sollen untere Einkommen entlastet werden. Weiters appellierte er daran, die öffentlichen Investitionen auszuweiten.

Dunja Gachowetz



**Michael Diettrich rechnet damit, dass das Wirtschaftswachstum wieder nach unten rasseln wird.**

KLAUS HARTINGER

# VORARLBERGER NACHRICHTEN

## VORARLBERGER NACHRICHTEN

Eine Marke von **RUSSMEDIA**



**50 Jahre Apollo-11-Mission:**  
Am 20. Juli 1969 landete der  
Adler auf dem Mond. »A6,7

**Festspielzukunft**  
**Das Gleichgewicht**  
**zum See** ist mit einer  
Schauspielpremiere  
und weiteren Opern  
wieder hergestellt,  
erklärt **Intendantin**  
**Elisabeth Sobotka.** »D5



### Samstag

20. Juli 2019

Auflagenstärkste unabhängige  
Tageszeitung für Vorarlberg  
Nr. 167, 75. Jahrgang, € 2,40

### 32°

Sommerlich mit viel  
Sonne und nur einzelnen  
Gewittern im Bergland.



Morgens



Mittags



Abends

# Abschwung heizt Armut an

Laut Armutskonferenz gibt es kein Wachstum ohne Schulden.

**BREGENZ** Mit Sorge beobachtet die Vorarlberger Armutskonferenz die Konjunkturertrübung. Laut ihrem Sprecher Michael Diettrich sind wieder steigende Arbeitslosen- und Mindestsicherungszahlen zu erwar-

ten. Schuld an der Misere ist seiner Ansicht nach die türkis-blaue Kurz-Regierung, die ein wirtschaftspolitischer Totalausfall gewesen sei. Diettrich kritisiert, dass es verabsäumt wurde, dem Abschwung

rechtzeitig entgegenzusteuern. Die Armutskonferenz fordert konjunkturfördernde staatliche Maßnahmen, und das ohne Rücksicht auf Haushaltsdefizite, Schuldenquoten oder Schuldenbremsen. »A4

### Politik

# Absage an Sparwahn

## Armutskonferenz fordert staatliche Maßnahmen gegen Konjunkturunbruch.

**BREGENZ** „Ja, an wen richtet sich die Botschaft?“ Michael Diettrich, Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, stutzt, aber nur kurz. „Welche unserer Botschaften hat jemals jemanden in der Politik wirklich interessiert?“, resümiert er nüchtern. Es gehe derzeit nur darum, andere Sichtweisen öffentlich zu präsentieren und zu zeigen, dass andere die Sache auch anders sehen als die Mehrheit.

### Reparaturbetrieb

Konkret rieb sich Diettrich an der Wirtschaftspolitik und dem Sparwahn, der enorme soziale Konsequenzen zur Folge hat. Dabei sei nicht die Sozialpolitik das eigentliche Übel, meint er. „Sie ist nur der Reparaturbetrieb für das, was wirtschaftlich verbockt wird.“ Da liegt für ihn einiges im Argen, besonders im Hinblick auf die drohende Konjunkturabschwächung. Ohne staatliche Maßnahmen, die ohne Rücksicht auf Haushaltsdefizit, Schuldenquoten oder Schuldenbremsen getätigt werden müssten,

sehe Österreich wieder steigenden Arbeitslosen- und Mindestsicherungszahlen entgegen.

Für Michael Diettrich ist eines klar: „Es gibt kein Wachstum ohne Schulden.“ Der türkis-blauen Kurz-Regierung hält er vor, wirtschafts-



„Wir erwarten noch heuer **ein Ende** der positiven Arbeitsmarktentwicklung.“

**Michael Diettrich**  
Sprecher Armutskonferenz

politisch ein Totalausfall gewesen zu sein. Die wirtschaftlich guten Jahre würden noch auf das Konto der rot-schwarzen Regierung gehen. Die Erholung war nach Meinung von Diettrich allerdings zu

kurz. „Wir erwarten noch heuer ein Ende der positiven Arbeitsmarktentwicklung und im kommenden Jahr wieder steigende Zahlen in der Mindestsicherung“, lautet seine düstere Prognose. Dann werde wohl wieder die Sozialpolitik die Suppe auslöffeln müssen, denn: „Wenn man zuvorderst spart, ist kein Geld für den Sozialstaat mehr da.“ Auch Vorarlberg mit seiner Exportlastigkeit werde sich der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung nicht entziehen können, orakelt der Sprecher der Armutskonferenz. Deren Empfehlungen: Im Mittelpunkt sollten Vollbeschäftigung und Investitionsanreize stehen.

### Offensive im Sozialwohnbau

Die sofortige Wiederauflage der Aktion 20.000 wäre aus Sicht der Armutskonferenz ein erster Schritt, der Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen für Gruppen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko ein zweiter. Die kleine Steuerreform müsste sofort beschlossen werden, die beabsichtigte Senkung der

Körperschaftssteuer hält Diettrich hingegen für zweckfremd. „Die Großbetriebe sind schon massiv von Abgaben entlastet worden, trotzdem ist die Investitionsquote rückläufig“, wettet er. Wesentlich sinnvoller wäre seinen Aussagen zufolge eine gezielte Ausweitung öffentlicher Investitionen. „Sie haben einen höheren Einkommens- und vor allem Beschäftigungseffekt.“ Michael Diettrich spricht sich auch für eine soziale Wohnbauoffensive sowie eine in Bildung und Pflege aus.

Ein weites Feld, das sich für staatliche Investitionen geradezu anbiete, sei der Klimaschutz. Diettrich spricht in diesem Zusammenhang von einem auf Jahre hinaus wirksamen Konjunkturprogramm, das Wachstum, Beschäftigung und den sozialen Wohlstand sichere. Dass die Vorarlberger Armutskonferenz am derzeitigen „Drama“ wenig ändert, ist laut Michael Diettrich selbstredend. Aber: „Wir haben es gesagt und werden es immer wieder sagen.“ **VN-MM**

Pressekonferenz der Armutskonferenz zur Wirtschaftsprognose

# Mehr Arbeitslose befürchtet

**Der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, Michael Diettrich, schlägt Alarm: für das laufende Jahr wird für die Wirtschaft ein Wachstumseinbruch von 1,2% vorausgesagt. Das Wachstum sinkt im Jahr 2019 voraussichtlich auf 1,5% gegenüber 2,7% im Vorjahr. Die Initiative gegen Armut und soziale Ausgrenzung befürchtet, dass aus diesem Grund die Arbeitslosen- und Mindestsicherungszahlen wieder steigen werden.**

WOLFGANG ÖLZ

Die Prognose von Michael Diettrich, der mit der Vorarlberger Armutskonferenz Einrichtungen aus den Bereichen Soziales, Bildung und Kultur vertritt, lautet: „Die gute Wirtschaftsentwicklung 2017 und 2018 hat auch zu einer Stabilisierung der österreichischen Sozialausgaben geführt. Die Arbeitslosigkeit ist österreichweit gesunken, und nicht nur in Vorarlberg war 2018 ein deutlicher Rückgang der Mindestsicherungszahlen zu konstatieren. Allerdings war die Erholung viel zu kurz und wir erwarten auch wieder steigende Zahlen in der Mindestsicherung.“

**Die guten Jahre sind vorbei.** Diettrich sieht das Problem bei der ehemaligen türkis-blauen Bundesregierung. Staatliche Konjunkturprogramme hätten in der Regel ein Jahr Vorlaufzeit, bis sie Wirkung zeigen. Insofern sind die guten Jahre 2017 und 2018 noch der Vorgängerregierung geschuldet, während 2019, wenn die Wirtschaftspolitik von türkis-blau schlagend wird, prompt das Wachstum einbricht. Diettrich nennt das einen „wirtschaftspolitischen Totalausfall“. Das für 2019 prognostizierte Wachstum von 1,5% hält Diettrich schlichtweg für ein Desaster.

**Ziel Vollbeschäftigung gefordert.** Statt die Krise schönzureden braucht Österreich in den kommenden Jahren schnell konjunkturfördernde staatliche Maßnahmen. Michael Diettrich hält hier Maßnahmen und Rücksichtnahmen auf Haushaltsdefizite, Schuldenquoten oder Schuldenbremsen für verfehlt: „Im Mittelpunkt sollten das Ziel Vollbeschäftigung und die Anregung von Investitionen stehen.“ Die Armutskonferenz vermisst die „Aktion 20.000“, eine Initiative der schwarz-roten Bundesregierung zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer/innen.

Ausbildungsmöglichkeiten für Gruppen mit hohem Risiko, arbeitslos zu werden, hält der Sprecher der Armutskonferenz auch für wichtig. Begrüßenswert wäre auch die sogenannte „kleine Steuerreform“, die ÖVP und FPÖ noch im aktuellen Nationalrat beschließen wollen. Diese „kleine Steuerreform“ zielt auf die Entlastung der unteren Einkommen, die die Nachfrage konjunkturwirksam ankurbeln würde. Ein Dorn im Auge ist Michael Diettrich die beabsichtigte Senkung der Körperschaftssteuer:



**Michael Diettrich, der Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz, sieht durch den Einbruch der Konjunktur viele Arbeitsplätze massiv gefährdet. In Folge werde es auch wieder mehr Mindestsicherungsbezieher/innen geben.** ÖLZ

„80% der Körperschaftssteuer entfallen auf 5% der Kapitalgesellschaften, alles Großbetriebe, die schon in den letzten zwei Jahrzehnten massiv von Abgaben entlastet wurden.“ Investiert wurde trotzdem nicht mehr. Diettrich betont: „Warum sollten die Kapitalgesellschaften angesichts dessen mehr investieren, wenn man ihnen noch mehr Geld hinterherwirft?“

**Öffentliche Investitionen als Heilmittel.** Das Heilmittel sieht Diettrich dagegen in der Ausweitung öffentlicher Investitionen, die weitere Investitionen und das Wirtschaftswachstum anregen. Der Staat sollte nach Diettrich vor allem in vier Bereichen investieren: in den sozialen Wohnbau, in Bildung und Pflege sowie in den Klimaschutz. Die Klimaziele seien ohne massive öffentliche Investitionen nicht zu erreichen.

## AUSFRAUENSICHT

### anschauen

„Die gefährlichste Weltanschauung ist die der Leute, welche die Welt nie angeschaut haben.“ Dieser Satz wird Alexander von Humboldt zugeschrieben. Der Weltenforscher hat selbst Expeditionen in weit entlegene Länder unternommen, in einer Zeit, in der die Ozeane nur auf dem Schifweg überquert werden konnten. So liegt es nahe, den Satz so zu deuten, dass das Bereisen von fernen Ländern vor gefährlichen Weltanschauungen schützt.

Ja, reisen weitet den Horizont, sprengt Grenzen im Denken, stellt Gewohntes in Frage und schafft Raum für Neues. Dennoch: steckt nicht noch mehr in diesem Satz? Geht es nur ums Reisen oder gehört das „anschauen“ ebenso dazu?

„Anschauen“ ist etwas anderes als „sehen“. Es bringt mehr Aufmerksamkeit mit sich, mehr Zeit auch. Es hat mit „erkennen“ zu tun und mit „verinnerlichen“. So als ob der Gegenstand der Betrachtung ein Stück weit in mich hineinwachsen, ja fast zu einem Teil von mir selbst würde. Und im „Erinnern“ hole ich diesen wieder hervor. Ja und ein solches Anschauen formt. Mein Denken und Fühlen, meine Sicht auf die Welt. So hoffen wir, dass uns viel Schönes und Gutes begegne - ob in der Ferne oder in der Nähe!



PATRICIA BEGLE